

Erfahrungen ostdeutscher Jugendlicher auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Ergebnisse aus 20 Jahren Sächsische Längsschnittstudie

HENDRIK BERTH/PETER FÖRSTER/ELMAR BRÄHLER/
FRIEDRICH BALCK/YVE STÖBEL-RICHTER

Als 1989 die Mauer fiel und Deutschland im Jahr darauf wieder vereint wurde, hätte wohl kaum jemand prognostiziert, dass auch nach 20 Jahren die ostdeutsche Transformation noch Gegenstand umfassender sozialwissenschaftlicher Studien sein würde. Zu Beginn der 1990er Jahre fanden nahezu unüberschaubar viele Forschungsarbeiten von Wissenschaftlern aller Fach- und Wissenschaftsgebiete statt, die sich seit etwa Mitte der 1990er Jahre auf einem quantitativ deutlich niedrigeren, aber dennoch bis heute stets präsenten und qualitativ hochwertigem Level bewegen (Berth 2000: 348). Forschungs- und Publikationstätigkeit erfolgten dabei in Wellen zu den entsprechenden Jubiläen, fünf, zehn bzw. 15 Jahre nach der Deutschen Einheit. Im Internet sind mehr als 50.000 einschlägige Literaturnachweise gesammelt (<http://www.wiedervereinigung.de>).

Nach wie vor gibt es zahlreiche Gründe, sich mit dem Thema der deutschen Einheit auseinander zu setzen. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sprechen vor allem die folgenden Aspekte dafür:

- Meinungsumfragen sowie soziologische, politologische und psychologische Studien zeigen in vielen der untersuchten Indikatoren deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, wie etwa Meinungen, Einstel-

lungen und Lebenszielen. Unbeantwortet ist nach wie vor die Frage, woher diese Differenzen stammen. Gab es diese Unterschiede schon immer? Sind sie ein Resultat der DDR-Sozialisation oder vielleicht auch eine Reaktion auf die Wiedervereinigung (z.B. Wagner/Berth 2006: 242)?

- Unterschiede lassen sich nicht nur durch wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse belegen, sondern auch in der objektiven Lebenssituation der Ostdeutschen nachvollziehen. So ist etwa die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern immer noch deutlich schlechter. Zugleich sind einige ostdeutsche Regionen infrastrukturell (inzwischen) deutlich besser gestellt als manche Gebiete der alten Bundesrepublik, z.B. hinsichtlich des Ausbaus von Verkehrsverbindungen oder der Verfügbarkeit von Krippenplätzen.
- Das vereinigte Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten eine Reihe von deutlichen Wandlungen erfahren, z.B. die unterschiedlichen regierenden Parteien/Koalitionen im Deutschen Bundestag und die Einführung des Euro. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat massive Veränderungen zur Folge, die sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern von den Bürgern einheitlich bewertet werden. Unzufriedenheit mit der Politik oder die Angst vor Armut im Alter wachsen in Ost und West gleichermaßen, allerdings in oft unterschiedlichen Ausprägungen. Auch hier stellt sich die Frage nach den Ursachen, den moderierenden Faktoren und der weiteren Entwicklung.
- Der Osten Deutschlands hat sozialstrukturell seit der Wende umfassende Umbrüche vollzogen. Der massive Geburtenrückgang nach 1989 und die Abwanderung, vor allem hochqualifizierter Frauen und Männer, zog einen massiven Bevölkerungsrückgang nach sich sowie den Trend, in bzw. in die Nähe wirtschaftlich starker Städte und Ballungsräume umzuziehen. Ähnliche Entwicklungen werden auch für einige Regionen der alten Länder in den nächsten Jahren prognostiziert. Hier könnten die neuen Länder zukünftig als Modellregionen fungieren.

Zum besseren Verständnis der ostdeutschen Transformation aus sozialwissenschaftlicher Sicht können vor allem Langzeitstudien beitragen, da diese im besonderen Maße geeignet sind, die komplexen Entwicklungsvorgänge in sozialer, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht abzubilden. Ausgewählte Daten einer solchen Studie sollen im Folgenden dargestellt werden.

Die Sächsische Längsschnittstudie

Im Jahre 1987 begann das Zentralinstitut für Jugendforschung der DDR in Leipzig (Friedrich/Förster/Starke 1999) eine ursprünglich auf drei Jahre angelegte Studie zum politischen Mentalitätswandel bei 14jährigen Schülern in Sachsen. Diese wurden aus 72 achten Klassen an 41 Schulen der DDR-Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) rekrutiert. Die Stichprobe von ursprünglich 1.281 Jugendlichen war repräsentativ für den DDR-Geburtsjahrgang 1973. Es wurden drei Erhebungswellen in den Jahren 1987, 1988 und 1989 durchgeführt, an deren Ende die Teilnehmer befragt wurden, ob sie auch weiterhin an der Studie teilnehmen möchten. Von den Befragten erklärten sich 587 dazu bereit.

Auch nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 konnte die Sächsische Längsschnittstudie fortgesetzt werden.¹ Die Befragungen erfolgten nahezu jährlich auf postalischem Weg. Der Neuigkeitswert der Ergebnisse besteht vor allem darin, dass sie einen wissenschaftlich gesicherten Einblick in den langen Weg dieser jungen Leute aus dem sogenannten real existierenden Sozialismus in den Kapitalismus, vom DDR-zum Bundesbürger geben (Förster 2002; Berth et al. 2007a oder im Internet <http://www.wiedervereinigung.de/sls>).

In den Jahren 1990 bis 1994 lag die Anzahl der Befragten zwischen 170 und 276, ab dem Jahr 1995 zwischen 350 und 400. In der 21. Welle der Längsschnittstudie (Mai bis Oktober 2007), welche die empirische Grundlage für den Beitrag bildet, schickten 383 Teilnehmer ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 65% derer, die sich im Jahr 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass inzwischen mindestens acht ehemalige Panelmitglieder verstorben sind und für wenigstens zehn Teilnehmer trotz intensiver Recherchen keine aktuellen Adressen vorliegen. Daher kann die tatsächliche Zahl der verbliebenen potenziellen Panelmitglieder zurzeit nicht genau ermittelt werden.

Das Durchschnittsalter betrug im Jahr 2007 34 Jahre. An der Befragung nahmen mehr Frauen teil (54%). Zum Zeitpunkt der 21. Befragungswelle hatten 92% ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen, wobei insgesamt 34% von den Befragten über einen Studienabschluss verfügten. Von den Teilnehmern lebten 78% mit einem Partner zusammen, 45% in einer Ehe, (m = 37%, w = 52%) und 4% waren geschieden (m =

¹ Die Autoren danken der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die freundliche Unterstützung der Sächsischen Längsschnittstudie.

2%, w = 5%). Rund 67% der Panelteilnehmer waren Eltern (m = 59%, w = 74%).

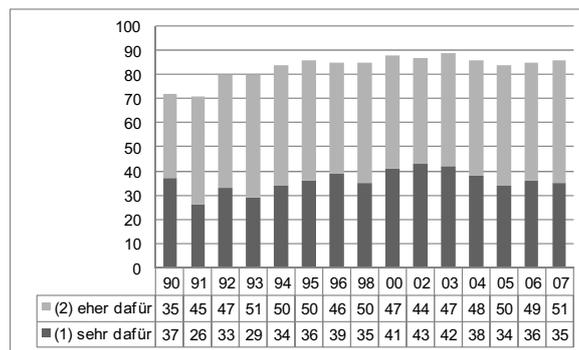
Im Jahr 2007 waren 65% der Befragten erwerbstätig (m = 70%, w = 61%), davon 45% als Angestellte, 20% als Arbeiter, 11% als Selbstständige und 5% als Beamte. Die verbleibenden Teilnehmer waren arbeitslos, in Elternzeit oder noch in Ausbildung. Von der Untersuchungsgruppe lebten mittlerweile 26% im Westen Deutschlands (Anzahl der Befragten, n = 96) und 3% (n = 10) im Ausland. Insgesamt waren bereits 71% der Frauen und Männer ein- oder mehrmals arbeitslos.

Kritisch ist anzumerken, dass es sich um ein kleines Sample junger, gut ausgebildeter Ostdeutscher handelt. Die Stichprobe ist repräsentativ für den DDR-Geburtsjahrgang 1972/73, nicht aber für die gesamte ostdeutsche Jugend (Förster 2002: 13; Berth et al. 2007a: 18). Die Rekrutierung in den auch heute noch stark industriell geprägten Ballungsräumen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig erschwert die Verallgemeinerung auf andere ostdeutsche Regionen, wie etwa die strukturschwächeren Gebiete in Teilen Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns oder Sachsen-Anhalts.

Politische Einstellungen

Seit 1990 wird fortlaufend in der Sächsischen Längsschnittstudie die generelle Einstellung zur deutschen Einheit erfasst. Abgefragt wird: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ (Antwortmöglichkeiten: Ich bin (1) sehr dafür, (2) eher dafür als dagegen, (3) eher dagegen als dafür, (4) sehr dagegen). Der Trend ist eindeutig (Abbildung 1).

Abbildung 1: Grundeinstellung zur deutschen Einheit zwischen 1990 bis 2007 (in %).



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1990 bis 2007.

Während in den Jahren 1990 und 1991 eine skeptische Einstellung der Befragten weit verbreitet war, liegen die Zustimmungsqoten zur deutschen Einheit ab 1992 stets konstant bei über 80%. Die überwiegende Zahl der Teilnehmer wünscht sich keine Rückkehr zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR. Sie schätzen die Wiedervereinigung und wissen die daraus entstandenen Möglichkeiten zu nutzen. Allerdings ist diese grundlegende Zustimmung auch begleitet von einer Reihe teilweise sehr kritischer Einschätzungen des heutigen Systems.

In Fragekomplexen, die das SED-Regime betreffen, zeigt sich, dass die Bejahung der Wende leicht, aber dennoch signifikant abnimmt. Schon zwischen 1994 und 1998 setzte dieser Trend ein und war Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten unter der schwarz-gelben Regierungskoalition Helmut Kohls. Auch nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün im Jahr 2000 nahm die Zustimmung zur Wende unter den Befragten kontinuierlich ab. Unter der Großen Koalition ab dem Herbst 2006 beschleunigte sich dieser Einstellungswandel. Insgesamt sank bei den Befragten der Anteil der Zustimmungen von 80% im Jahr 1992 auf 65% im Jahr 2006 bzw. 71% im Jahr 2007.

Tabelle 1: Zustimmung zur Wende im Jahr 2007 (in %).

Antwortmöglichkeiten *	1	2	3	4	5	n **
Geschlecht						
Männlich	50	28	15	6	1	173
Weiblich	37	27	26	7	3	203
Wohnregion						
Lebt im Osten	41	26	24	6	3	272
Lebt im Westen bzw. Ausland	48	21	25	5	1	106
Zugehörigkeitsgefühl zu Schichten						
Oberschicht	100	0	0	0	0	5
Mittelschicht	49	20	23	6	2	307
Unterschicht	19	30	41	7	3	69
Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit bis 2007						
Null Monate	48	29	14	6	2	110
1 bis 4 Monate	46	32	16	3	3	71
5 bis 11 Monate	42	28	23	5	2	78
12 und mehr Monate	39	21	27	11	2	119

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 2007.*Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist“, Antwortmodell: Das entspricht meiner Meinung (1) vollkommen bis (5) überhaupt nicht. ** Anzahl der Befragten.

Im Detail zeigt sich bei der Analyse der Befragungsergebnisse, dass Frauen der Wende deutlich weniger zustimmen als Männer. In Abhängigkeit von der Wohnregion stimmen Panelmitglieder, die im Osten leben, weniger häufig einem Sturz des SED-Regimes zu als jene, die inzwischen in den Westen umgezogen sind. Je höher die insgesamt erfahrene Arbeitslosigkeit der 34jährigen Erwachsenen ist, desto geringer ist die Bejahung der Wende. Es überrascht wenig, dass von den 18% der Panelmitglieder, die sich selbst der Unterschicht zuordnen, lediglich die Hälfte die Beseitigung des SED-Regimes für richtig hält. Die genannten Einflussfaktoren (Geschlecht, Wohnregion, Arbeitslosigkeitserfahrungen, Schichtzugehörigkeit) haben Erklärungskraft für die Mehrzahl der abgefragten Indikatoren (u.a. politische Einstellungen, persönliche Zukunftszuversicht).

Von der Untersuchungsgruppe wird auch fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung das jetzige Gesellschaftssystem mehrheitlich kritisch bewertet. In jüngster Zeit nahm dieser Trend sogar zu.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit der Gesellschaft im Jahr 2006/2007 (in %).

Antwortmöglichkeiten*	1	2	3	4	n**
Zufriedenheit mit					
der Demokratie	2	36	47	15	379
der Sozialpolitik	1	11	52	36	377
der Rentenpolitik	0	8	41	51	361
der Bildungspolitik	0	13	45	42	363
der Familienpolitik	1	13	50	36	378
der Gesundheitspolitik	0	9	48	43	362
der Arbeitsmarktpolitik	0	3	34	63	381
der Lohnpolitik in Ostdeutschland	1	10	39	50	373
der jetzigen Wirtschaftsordnung	1	32	52	15	379
dem politischen System in der BRD	1	26	53	20	379
der Außenpolitik (2006)	4	47	37	12	381

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 2007.

**Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“, Antwortmodell:*

(1) sehr zufrieden, (2) zufrieden, (3) weniger zufrieden, (4) unzufrieden.

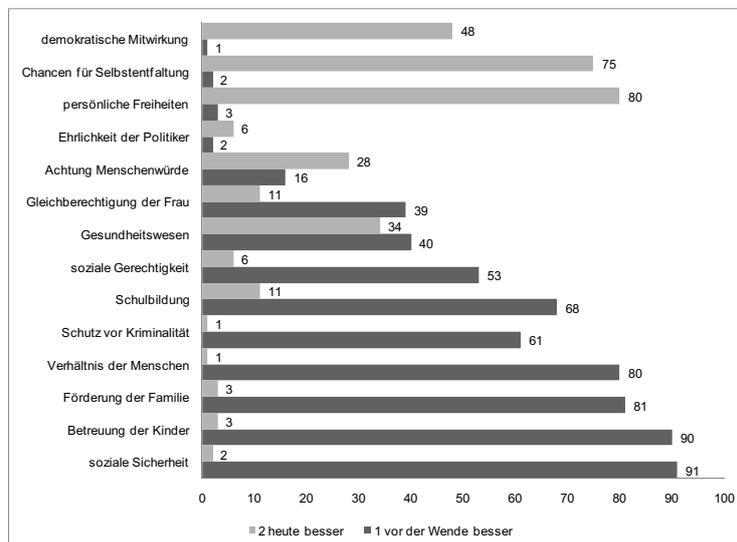
***Anzahl der Befragten.*

Je mehr Daten mit zunehmender Dauer unserer Panelstudie zur Verfügung stehen, desto deutlicher wird, dass abgesehen von der Außenpolitik (zuletzt im Jahr 2006 erfasst) die Unzufriedenheit der jungen Er-

wachsenen mit grundlegenden Aspekten der Politik überwiegt. Das gilt in besonderem Maße für die Arbeitsmarkt-, Lohn- und Rentenpolitik. Mit diesen Politikbereichen waren 2007 jeweils über die Hälfte der Befragten unzufrieden.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden die Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie gebeten, die Bundesrepublik und die DDR anhand ihrer Erfahrungen zu vergleichen.

Abbildung 2: Systemvergleich DDR und BRD im Jahr 2007 (in %).



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 2007.

* Fragetext: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“
Antwortmodell: (1) war es vor der Wende besser, (2) ist es heute besser, (3) gibt es kaum einen Unterschied und (0) das kann ich nicht beurteilen.

Für den Zeitraum 1993 bis 2007 wird die DDR von den Teilnehmern vor allem in sozialer Hinsicht als besser beurteilt. So beträgt der Anteil der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende besser gewesen wäre als heute, zwischen 90 und 94%. Der Anteil derer, die das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende als besser einschätzen, liegt zwischen 78 und 83%. Auch der Anteil von Befragten, die meinen, dass die Betreuung der Kinder vor der Wende besser gewesen wäre (85 bis 91%) bzw. die Förderung der Familie einen hohen Stellenwert hatte (74 bis 84%), ist extrem hoch.

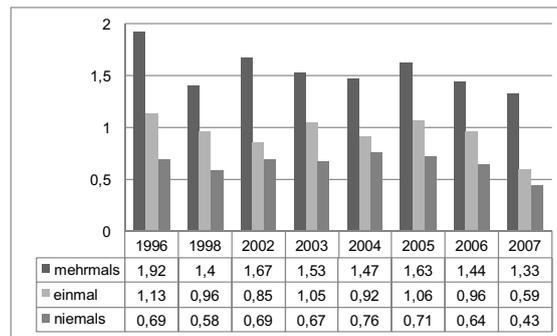
Bei einigen Indikatoren gab es im Verlauf der Langzeitstudie einen Einstellungswandel: So meinte etwa Anfang der 1990er Jahre die Mehrzahl der Befragten, dass das Schulsystem und das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik besser seien. Ab Mitte der 1990er Jahre drehten sich diese Trends um. In den letzten Erhebungswellen wurden das DDR-Schulsystem und auch das DDR-Gesundheitswesen konstant besser bewertet.

Arbeitslosigkeitserfahrungen und ihre Folgen

Von 1991 an erfragten wir die Arbeitslosigkeit im Rahmen des sozio-ökonomischen Status. Jeweils 4 bis 11% der Panelmitglieder trugen sich als „zur Zeit arbeitslos“ ein. Detailliert werden Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeit der Teilnehmer seit dem Jahr 1996 erfasst. Zu diesem Zeitpunkt waren die Befragten etwa 23 Jahre alt und bereits zu 50% ein- oder mehrmals von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahr 2007 gaben über 70% unserer Untersuchungsgruppe Arbeitslosigkeitserfahrungen an. Insbesondere der Anteil derjenigen, die mehrfach arbeitslos waren, hat sich von 17% im Jahr 1996 auf 40% im Jahr 2007 mehr als verdoppelt. Dafür reduzierte sich der Anteil jener, die zum Zeitpunkt der Befragung nicht arbeitslos waren, von 50% im Jahr 1996 auf 29% im Jahr 2007. Die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der Betroffenen stieg von vier Monaten im Jahr 1996 auf 17,3 Monate im Jahr 2007. Besonders bei den Frauen erhöhte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 4,7 auf 20,7 Monate. Bei den Männern stieg sie von 3,2 auf 13,5 Monate.

Die Sächsische Längsschnittstudie untersucht umfassend die Auswirkungen von erfahrener Arbeitslosigkeit auf die (seelische) Gesundheit (z.B. Berth/Förster/Brähler 2003: 550 ff., 2005: 361 ff.; Berth et al. 2007b: 73 ff., 2008b: 87 ff.). In Abbildung 3 ist exemplarisch hierfür die allgemeine psychische Belastung (Distress) in Abhängigkeit von der erlebten Arbeitslosigkeit (niemals, einfach, mehrmals) dargestellt. Die psychische Belastung wurde hier mit einem selbstentwickeltem Instrument, dem sogenannten D-Score erfragt (Berth et al. 2006: 113). Dieser Kurzfragebogen erfasst mit vier Items das Vorhandensein psychischer Beschwerden (u.a. Angst, Schlafstörungen) innerhalb des letzten Jahres. Höhere Werte stehen für eine höhere Belastung.

Abbildung 3: Arbeitslosigkeitserfahrungen und psychische Belastung 1996 bis 2007 (D-Score, M).



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1996 bis 2007.

Die Abbildung 3 zeigt einen eindeutigen Trend: Die psychische Belastung ist in allen Erhebungen stets bei denen am höchsten, die mehrfach arbeitslos waren. Die niedrigste Belastung haben immer Personen, die bislang noch nie arbeitslos waren. Ebenso lassen sich deutlich negative Folgen durch Arbeitslosigkeitserfahrung für die Aspekte Angst, Depressivität, Körperbeschwerden, Lebenszufriedenheit und den wahrgenommenen Gesundheitszustand nachweisen. Arbeitslosigkeit wirkt sich auf die gesamte Psyche sowie auf das Erleben und Fühlen der Studienteilnehmer aus (Förster et al. 2008: 33 ff.; Berth et al. 2008b: 87 ff.).

Abbildung 4: Einstellungen der Studienteilnehmer in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeitserfahrungen 2007 (in %).



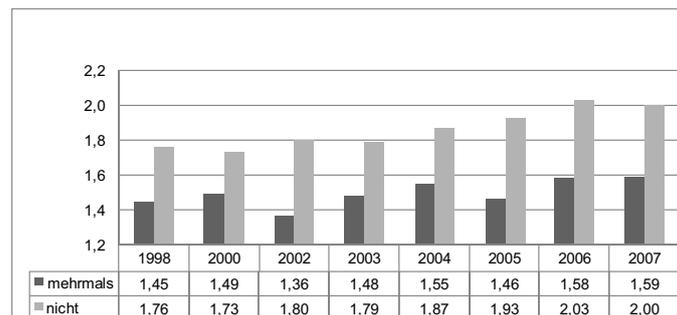
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 2007.

Wie in Abbildung 4 ersichtlich, gibt es deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Dauer der insgesamt erfahrenen Arbeitslosigkeit.

Langzeitarbeitslose Personen sind weniger zufrieden mit ihrem Einkommen und ihrem Lebensstandard. Sie glauben nicht, ihren gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten, beurteilen ihre realen Lebenschancen schlechter und fühlen sich nicht gebraucht. Viel häufiger als die Nichtarbeitslosen rechnen sich die Langzeitarbeitslosen der Unterschicht zu.

Auch Partnerschaft und Familiengründung werden durch Arbeitslosigkeit beeinflusst. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl Männer, als auch Frauen, die langzeitarbeitslos waren, seltener verheiratet sind und später Kinder bekommen. Darüber hinaus hat diese Erfahrung auch einen gravierenden Einfluss auf die Familienplanung. Bei mehrfach arbeitslosen Frauen hat sich die ideale Kinderzahl im Zeitverlauf kaum verändert; hingegen nimmt die Zahl der idealerweise gewünschten Kinder bei Frauen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung zu. Bei den männlichen Befragten ist dieser Einstellungswandel noch ausgeprägter.

Abbildung 5: Idealer Kinderwunsch der Frauen (1998 bis 2007) in Abhängigkeit von den Arbeitslosigkeitserfahrungen



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1998 bis 2007.

Die Ursachen für Arbeitslosigkeit sind vielfältig. Neben ökonomischen Gegebenheiten gibt es in unserer Studie auch Hinweise auf persönliche Faktoren, die den Eintritt in die Arbeitslosigkeit beeinflussen (z.B. Paul/Hassel/Moser 2006: 35 ff.). So sind u.a. die Schulnoten am Ende der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule im Jahr 1989 maßgebliche Prädiktoren für die bis zum Jahre 2007 erlebte Arbeitslosigkeit (Berth et al. 2008c: 265 ff.). Je schlechter eine Person ihre schulische Ausbildung abschloss, umso höher ist ihr Risiko, im Lebensverlauf arbeitslos zu werden. Ähnliches konnten wir auch für die allgemeine psychische Belastung zeigen: Studienteilnehmer, die 1991 mit etwa 18 Jahren eine höhere psychische Belastung (Distress) hatten, unterlagen

im Laufe der folgenden Jahre einem deutlich höheren Risiko, Arbeitslosigkeit zu erfahren (Berth et. al. 2006: 111 ff.).

Ost-West-Migration

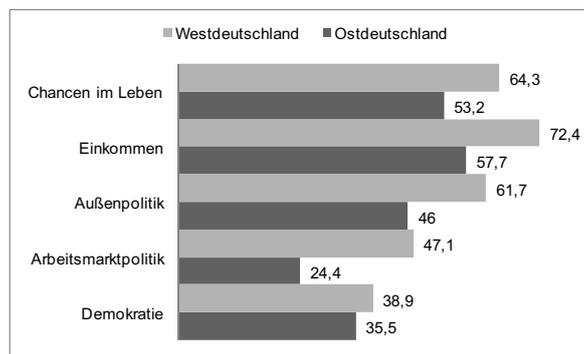
Ein seit der Wiedervereinigung sehr intensiv diskutiertes Thema ist die Migration von Ost- nach Westdeutschland. So wanderten zwischen 1991 und 2002 rund 243.000 Männer und 447.000 Frauen aus den Gebieten der ehemaligen DDR ab. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied ist in der jüngeren Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren noch ausgeprägter (95.600 Männer gegenüber 191.600 Frauen) (Mai, 2004).

Dagegen ist in den Daten der Sächsischen Längsschnittstudie kein Unterschied zwischen der Migration von Männern und Frauen festzustellen. So waren im Jahr 1996 13,8% der Männer und 12,6% der Frauen umgezogen. Auch im Jahr 2005 sind die Anteile von abgewanderten Männern und Frauen mit 21,2% bzw. 23,9% nahezu gleich. Bis zum Jahr 2007 zogen insgesamt 26% der Panelteilnehmer in die alten Länder bzw. ins Ausland. Als Hauptgrund für Migration gaben die Teilnehmer zumeist berufliche Gründe an oder sie wollten ihrem arbeitssuchenden Partner folgen (Berth/Förster/Brähler 2004: 81 ff.).

Die Auswertung unserer Daten bezogen auf Migrationserfahrungen und dem jetzigen Wohnort in den alten oder neuen Ländern zeigt mit wenigen Ausnahmen ein sehr positives Migrationserleben. Der Umzug von Ost- nach Westdeutschland stellt für die Befragten keineswegs ein belastendes Lebensereignis dar. Es ist für sie Normalität. So sind sie in der Lage, sich im wiedervereinigten Deutschland, egal ob in Ost oder West, Nord oder Süd, zu integrieren. Die Teilnehmer, die nicht mehr im Osten leben, fühlen sich – unabhängig vom Zeitpunkt ihres Umzuges – überwiegend sehr wohl in ihrem neuen Lebensumfeld. Mehrheitlich empfinden sie sich akzeptiert und beabsichtigen nicht – zumindest nicht unmittelbar – in ihre alte Heimat zurückzukehren. Sie leben, gemessen an ihren eigenen Aussagen, ein Stück der vielbeschworenen „inneren Einheit“. Dies fällt ihnen sicher leichter als vielen älteren Ostdeutschen, da sie die Wiedervereinigung als Jugendliche bzw. junge Erwachsene erlebten, ihre Berufsausbildung im wiedervereinigten Deutschland absolvierten und mit der Ablösung von ihrem Elternhaus in die Möglichkeiten und Chancen, aber auch in die neuen Probleme der „Ellenbogengesellschaft“, wie etwa Arbeitslosigkeit, hineinwuchsen.

Unabhängig vom Wohnort fand sich bei allen Teilnehmern eine ähnlich hohe (Un-)Zufriedenheit bezüglich Familienpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Einflussmöglichkeiten auf Politik und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt.

Abbildung 6: Zufriedenheit mit ausgewählten politischen und persönlichen Lebensbereichen in Abhängigkeit vom Wohnort.*



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 2007.

* Prozentuale Anteile derer, die zufrieden/sehr zufrieden sind, alle $p < 0.05$.

Fragetext Frage 1: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?“

Es ist festzustellen, dass die Teilnehmer mehrheitlich in den abgefragten Bereichen (Ausnahme: Demokratie und Arbeitsmarktpolitik) zufrieden bzw. sehr zufrieden sind. Allerdings sind die Befragten mit Wohnsitz in Ostdeutschland generell unzufriedener mit ihren Chancen, es im Laufe des Lebens durch Leistung zu etwas zu bringen, sowie mit ihrem Einkommen, der Außen- und der Arbeitsmarktpolitik und der Demokratie.

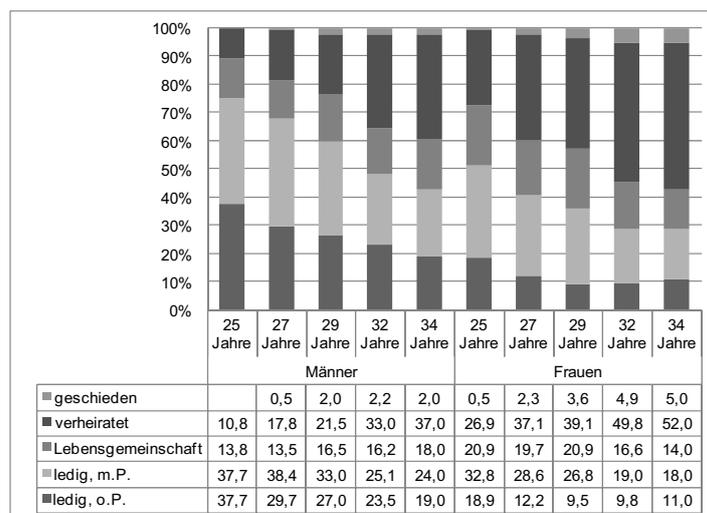
Zum Thema Migration lässt sich anhand unserer Daten konstatieren: In vielen erfassten Meinungen, Einstellungen, Zufriedenheitsmaßen usw. sind die im Osten lebenden Panelmitglieder unzufriedener und kritischer als jene im Westteil der Republik. Über die Gründe lässt sich spekulieren: Ziehen eher die positiver gestimmten Personen um? Hat das ökonomisch bessere Umfeld der alten Länder entscheidenden Einfluss auf ausgewählte Meinungen und Einstellungen? Stimmen die oftmals objektiv schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen in Teilen Ostdeutschlands die hier lebenden Personen – zu Recht – kritisch(er)?

Familiengründung

Partnerschaft

Mit 35 Jahren haben die Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie den Zenit der Familiengründungsphase erreicht. 78% von ihnen leben in einer Partnerschaft und 45% der Befragten sind verheiratet. Betrachtet man den Lebensverlauf, sind es vor allem die Frauen, die zeitiger zu Hause ausziehen, sich partnerschaftlich binden und Kinder bekommen. Von allen Studienteilnehmern gaben 65% an, in einer (sehr) glücklichen Partnerschaft zu leben. Hinsichtlich der Partnerschaftsdauer unterscheiden sich Männer und Frauen signifikant ($m = 9,2$ und $w = 11,7$ Jahre). Geschlechtsunterschiede zeigen sich noch deutlicher, wenn man die Entwicklung des Familienstandes im Altersverlauf bei Männern und Frauen betrachtet: Frauen heiraten zeitiger, sind aber auch eher und häufiger wieder geschieden.

Abbildung 7: Entwicklung des Familienstandes 1998 bis 2005 (in %).*



Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1998 bis 2007.

*m.P. = mit fester Partnerbindung, o.P. = ohne feste Partnerbindung.

Kinderwunsch, ideale und realisierte Kinderzahl

Trotz gesellschaftlicher Umbrüche und Geburtenrückgang sind Kinder und Familiengründung nach wie vor sehr bedeutsame und über die Dauer der Zeit relativ stabile Lebensziele, die im Verlauf des Lebens an Be-

deutung zunehmen. Dennoch hat nur ein Teil der Befragten einen aktuellen Kinderwunsch: 21,8% geben einen starken bzw. sehr starken Kinderwunsch an, 17,1% sind ambivalent („etwas“), 61,1% wünschen sich kaum oder gar kein Kind.² Dabei ist der durchschnittliche Kinderwunsch bei bis dato kinderlosen Probanden signifikant höher als bei denjenigen mit Kindern. Es wurde weiterhin berechnet (Einfaktorielle ANOVA), ob sich der Kinderwunsch innerhalb der letzten zwei Jahre (2004/2006) verändert hat. Es zeigt sich, dass die Veränderungen zwischen den beiden Jahren jeweils signifikant sind; bei allen Teilgruppen steigt sowohl die Zahl derjenigen, die einen sehr starken bzw. starken Kinderwunsch angeben, aber auch derer, die kaum bzw. gar keinen Kinderwunsch angeben. Es scheint demzufolge mit zunehmendem Alter zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den Gruppen zu kommen (Stöbel-Richter et al. 2008: 177 ff.).

Von den 123 Personen (33% der Gesamtstichprobe), die im Jahr 2007 noch kinderlos waren, geben 11% an, keine Kinder bekommen zu wollen, 21% sind ambivalent, 3% können keine Kinder bekommen und 5% sind schwanger (bzw. die Partnerin). Die verbleibenden 59% möchten in jedem Fall Kinder bekommen.

Die Entwicklung der idealen Kinderzahl im Längsschnitt erweist sich als erstaunlich stabile Größe bezogen auf ein und zwei Kinder. Die Zahl derjenigen, die ein Leben ohne Kinder als ideal angeben, ist von 9,9% im Jahr 1995 (im Alter von 22 Jahren) auf 9,0% im Jahr 2007 leicht gesunken. Im Gegensatz dazu ist die Zahl derjenigen, die drei und mehr Kinder als ideal angeben von 8,9% im Jahr 1995 auf 13% im Jahr 2007 leicht gestiegen. Ca. 1/3 gibt ein Kind als ideal an (30,4% im Jahr 1995, 26% im Jahr 2007). Etwas mehr als die Hälfte (51%) der Befragten wollte sowohl 1995 als auch 2007 zwei Kinder.

Generell ist die ideale Kinderzahl höher als die realisierte. So haben nur 44% der Befragten im Jahr 2007 ihre ideale Kinderzahl realisiert. Erwartungsgemäß besteht hierbei zwischen Frauen (49%) und Männern (38%) ein Unterschied in der Umsetzung des idealen Kinderwunsches.

Hinsichtlich der realisierten Kinderzahl kann auch in der vorliegenden Stichprobe der allgemeine gesellschaftliche Trend zum Aufschub der ersten Geburt beobachtet werden; nur wenige der Frauen bekamen mit Anfang 20 ein Kind und mit 25 Jahren waren noch 88% der Männer und 70,5% der Frauen kinderlos. Der größte Teil der Frauen bekommt erst mit Ende Zwanzig ein Kind. Die Männer zögern die Entscheidung

2 Fragetext: „Wie stark wünschen Sie sich im Moment ein Kind?“ Antwortmodell: (1) = gar nicht bis (5) = sehr stark, 2006 erfragt.

für ein Kind noch weiter hinaus. Dementsprechend ist bei den befragten Männern des Geburtsjahrgangs 1973 auch die Anzahl derjenigen, die zwei oder mehr Kinder haben, eher gering. Bei den Frauen haben mit 34 Jahren immerhin 75% ein oder mehrere Kinder. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Zahlen noch ansteigen, da die Befragten ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben. Der Trend zur Mehrkindfamilie zeigt sich vor allem in den letzten Jahren überaus deutlich; insbesondere die Zahl derjenigen, die zwei und mehr Kinder haben, hat zugenommen.

Tabelle 3: Kinderzahlen zwischen 1998 bis 2006 für Männer und Frauen getrennt (in %).

Alter (Jahre)		25	27	30	32	34
Kein Kind	M*	88,0	77,7	64,0	50,3	40,0
	F**	70,5	51,2	37,2	28,4	27,0
Ein Kind	M	10,7	15,7	23,9	31,8	31,0
	F	23,0	38,8	40,2	37,7	33,0
Zwei und mehr Kinder	M	1,2	6,5	11,9	17,8	28,0
	F	6,5	9,9	22,5	33,8	40,0

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1998 bis 2006.

*Männer, **Frauen.

Befragt nach äußeren Determinanten, die eine Familienplanung beeinflussen (alters-, finanzielle, berufliche, partnerschaftliche und Vereinbarkeitsaspekte) zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Für Frauen stehen in erster Linie Aspekte der finanziellen Situation und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Bei Männern ist für die Familienplanung ebenfalls die finanzielle Situation relevant sowie die Qualität der Partnerschaft. Für die Frauen der Stichprobe zeigt sich somit ganz deutlich die Doppelorientierung auf Beruf und Familie, für die Männer kann auf eine gewisse Abhängigkeit des Kinderwunsches von der aktuellen Partnerschaft geschlossen werden. Zu denselben Ergebnissen kommen auch andere aktuelle Forschungsarbeiten zur Thematik (Adler 2004: 1170 ff.; Kreyenfeld/Konietzka 2004: 1 ff.).

Zusammenfassung

Seit 1987 wird in der Sächsischen Längsschnittstudie der ostdeutsche Geburtsjahrgang 1973 in nahezu jährlichen Abständen zu schwerpunktmäßig politisch-gesellschaftlichen Themen befragt. Es handelt sich um eine einzigartige Studie, die über Daten seit dem Jahr 1987 verfügt und

kontinuierlich, über die Wende und die Wiedervereinigung hinaus bis heute fortgesetzt wird. Mit dem Fokus auf dem Erleben der Wiedervereinigung unterscheidet sich die Studie inhaltlich deutlich von den wenigen anderen ostdeutschen Längsschnittstudien, wie etwa der Rostocker Längsschnittstudie (Meyer-Probst/Reis 1999).

Die Ergebnisse belegen den entscheidenden Einfluss heutiger Erfahrungen auf die politischen Orientierungen der Teilnehmer. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Bedeutung von direkter und indirekter Arbeitslosigkeitserfahrung. Das vereinte Deutschland ist für die meisten Befragten zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die übergroße Mehrheit befürwortete die Wende in der DDR und die deutsche Wiedervereinigung. Die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile werden durch die Teilnehmer pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere genutzt. Jedoch werden die Vereinigungserfolge für Ostdeutschland noch immer überwiegend ambivalent bewertet. So ist die Bejahung der deutschen Einheit nicht identisch mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem, welches auch zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung oft skeptisch oder kritisch betrachtet wird. Hierbei bestehen große Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Frauen sehen die Entwicklungen deutlich kritischer als die Männer und sind unzufriedener mit den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Ebenso werden die persönlichen Erfahrungen und Perspektiven von den weiblichen Teilnehmern eher negativ bewertet.

Der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger erweist sich als ein sehr langwieriger Prozess. Bei der Mehrzahl der Panelteilnehmer ist konstant eine Doppelidentität festzustellen; sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei ihnen offensichtlich tiefer verwurzelt, als es lange Zeit angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von Relikten der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird. Die in der DDR erfahrene Sozialisation hat bis in die Gegenwart nachhaltige Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen auf sozialer Ebene.

Beim Systemvergleich schneidet die DDR auf sozialem Gebiet stets besser ab als die Bundesrepublik. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung oder die soziale Gerechtigkeit. Mit hoher Konstanz halten die Befragten mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR umso positiver beurteilt, je negativer die heu-

tigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen der Vereinigung sind.

Arbeitslosigkeit stellt ein kritisches Lebensereignis dar, das mehr als 70% der Teilnehmer bis zum Jahr 2007 bereits mindestens einmal erlebt haben. Die Daten zu den psychologischen Folgen zeigen deutlich, dass erlebte Arbeitslosigkeit u.a. zu massiven Körperbeschwerden und psychischem Distress führt. Das Erfahren von Arbeitslosigkeit wirkt sich stark dämpfend auf die Zufriedenheit und Identifikation mit der jetzigen Gesellschaft aus und bestärkt Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit. Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner, Eltern, Geschwister, Freunde) sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen materiellen und psychischen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Seit der deutschen Vereinigung haben etwas mehr als 1/4 der Teilnehmer ihre Heimat verlassen, um in den alten Bundesländern oder im Ausland ihr Glück zu suchen. Die Ergebnisse zeigen, dass ihnen dies mehrheitlich gelungen ist. Die überwiegende Anzahl der abgewanderten Ostdeutschen fühlt sich in der neuen Heimat sehr wohl. Nur eine Minderheit erwägt eine Rückkehr nach Ostdeutschland. Im direkten Vergleich zwischen Teilnehmern mit dem Wohnort im Osten und denen im Westen zeigt sich insgesamt eine größere Zufriedenheit bei Letzteren. Dies betrifft neben der persönlichen Zufriedenheit, etwa mit Beruf oder Einkommen, auch politisch-gesellschaftliche Einstellungen, wie z.B. eine positivere Sicht auf die Demokratie in der Bundesrepublik oder die Einschätzung der Wiedervereinigung.

In den vorliegenden Daten zeigt sich ganz deutlich, dass die Familie einen hohen Stellenwert bei den Befragten hat. So leben 81% der Teilnehmer in einer Beziehung. 2/3 der Studienteilnehmer haben Kinder. Dabei sind Ein- bzw. Zwei-Kind-Familien inzwischen gleich verteilt. Etwa 9% der Teilnehmer geben an, bewusst auf Kinder verzichten zu wollen. Dagegen liegt der bundesdeutsche Durchschnitt derer, die keine Kinder bekommen wollen, bei 10% (Stöbel-Richter/Brähler 2006: 307 ff.). Dennoch spiegeln sich auch bei den Befragten die allgemeinen Fertilitätstrends wieder. Bei vielen erfolgt ein Aufschub der ersten Elternschaft und ein Teil der heutigen (potentiellen) Elterngeneration wird kinderlos bleiben, was in der DDR eher untypisch war.

Befragt nach äußeren Determinanten, die eine Familienplanung beeinflussen, erweisen sich vor allem die finanzielle Situation, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Qualität der Partnerschaft als wichtige Kriterien. Die Tatsache, dass die finanziellen Aspekte so stark

gewichtet werden, kann durchaus als ostdeutsches Charakteristikum interpretiert werden. Mit einer Arbeitslosenquote von bis zu 17% in den neuen Bundesländern verglichen mit 8% in den alten Ländern, sind viele der Befragten mit dieser Erfahrung konfrontiert gewesen und haben sich in mehr oder weniger prekären finanziellen Situationen befunden (Berth et al. 2007b: 107 ff.).

Die Ergebnisse belegen, dass es für die Verwirklichung der Lebensvorstellungen des Einzelnen, zu denen auch der Kinderwunsch zählt, auch einer staatlichen Unterstützung bedarf. Sofern dieser Aspekt nur unzureichend abgesichert ist, kann die Fertilität ein niedrigeres Niveau aufweisen, als es eigentlich den Wünschen von Einzelpersonen und Paaren entspricht. Diese Entwicklung kann darüber hinaus als Indikator für eine höhere Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen und sozialer Unterstützung interpretiert werden. Dementsprechend sind es vordergründig nicht finanzielle Anreize, welche geschaffen werden müssen, sondern vielmehr strukturelle Erleichterungen, welche ein Miteinander von beruflicher Karriere und Kindererziehung ermöglichen.

Literatur

- Adler, Marina A. (2004): „Child-Free and unmarried: changes in the life planning of young East German women“. In: *Journal of Marriage and Family* 66, S. 1170-1179.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Balck, Friedrich et al. (2008a): „Arbeitslosigkeitserfahrungen, Arbeitsplatzunsicherheit und der Bedarf an psychosozialer Versorgung“. In: *Das Gesundheitswesen* 70, S. 289-294.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Balck, Friedrich et al. (2008b): „Was bedeutet Langzeitarbeitslosigkeit für junge Erwachsene? Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie“. In: *Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis* 40, S. 87-97.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar et al. (2008c): „Schulnoten, Berufsbiographie und Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie“. In: Genkova, Petia (Hg.), *Erfolg durch Schlüsselqualifikationen? „Heimliche Lehrpläne“ und Basiskompetenzen im Zeichen der Globalisierung*, Lengerich: Pabst Science Publ., S. 265-277.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar et al. (2007a): *Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987-2006*, Gießen: Psychosozial-Verlag.

- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Balck, Friedrich et al. (2007b): „Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie“. In: psychosozial 109, S. 73-83.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Stöbel-Richter, Yve et al. (2006): „Arbeitslosigkeit und psychische Belastung. Ergebnisse einer Längsschnittstudie 1991 bis 2004“. In: Zeitschrift für Medizinische Psychologie 15, S. 111-116.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar (2005): „Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Lebenszufriedenheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern“. In: Sozial- und Präventivmedizin 50, S. 361-369.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar (2004): „Psychosoziale Folgen einer Migration aus den neuen in die alten Bundesländer. Ergebnisse einer Längsschnittstudie“. In: psychosozial 26, S. 81-95.
- Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar (2003): „Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen“. In: Das Gesundheitswesen 10, S. 555-560.
- Berth, Hendrik (2000): „DDR und Wiedervereinigung – bald kein Thema mehr für die Wissenschaft?“. In: Deutsche Studien 36, S. 340-350.
- Förster, Peter (2002): Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen vor und nach der Wende, Opladen: Leske + Budrich.
- Förster, Peter/Brähler, Elmar/Stöbel-Richter, Yve et al. (2008): „Die ‚Wunde Arbeitslosigkeit‘: Junge Ostdeutsche, Jg. 1973“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41, S. 33-43.
- Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte - Methoden - Erkenntnisse, Berlin: Edition Ost.
- Kreyenfeld, Michaela/Konietzka, Dirk (2004): „Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland“ (online verfügbar unter: <http://www.demogr.mpg.de>).
- Mai, Ralf (2004): „Abwanderung aus Ostdeutschland. Städte im Umbruch“ (online verfügbar unter: <http://www.schrumpfende-stadt.de>).
- Meyer-Probst, Bernhard/Reis, Olaf (1999): „Von der Geburt bis 25 Jahre – Rostocker Längsschnittstudie“. In: Kindheit und Entwicklung 13, S. 23-38.
- Paul, Karsten I./Hassel, Alice/Moser, Klaus (2006): „Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration“. In: Holleederer, Alfons/Brand,

- Helmut (Hg.), *Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit*, Bern: Huber, S. 35-51.
- Stöbel-Richter, Yve/Brähler, Elmar (2006): „Ausgewählte Fakten zum politischen Lamento über sinkende Kinderzahlen“. In: *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 3, S. 307-314.
- Stöbel-Richter, Yve/Kraus, Ute/Berth, Hendrik (2008): „Transition to parenthood in the life course“. In: Quinn, Jennifer K./Zambini, Irwin G. (Hg.), *Family relations: 21st century issues and challenges*, Hauppauge/New York: Nova Science Publishers, S. 1-20.
- Stöbel-Richter, Yve/Weidner, Kerstin/Förster, Peter et al. (2008): „Familiengründung in Deutschland. Wie geplant sind Kinderwunsch, Schwangerschaft und Kinderlosigkeit?“. In: *Gynäkologische Endokrinologie* 6, S. 177-184.
- Wagner, Wolf/Berth, Hendrik (2006): „Ein Modell zur Erklärung alltagskulturellen Wandels. Das Beispiel deutsche Vereinigung und die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“. In: *Journal für Psychologie* 14, S. 227-247.